

Zwischen Konsum und Alterssicherung

ALFRED PAYRLEITNER über Grundfragen
einer schrumpfenden Gesellschaft



Beim Kleinkrieg um die „Abfertigung Neu“ ist eines gewiss: Dass er bald beendet sein wird. Diese sozialpolitische Errungenschaft ist wichtig, ein Gerangel um Steuerungsfragen sollte sie nicht gefährden. Nun wird der von den Sozialpartnern ausgehandelte Vorschlag als Gesetzesentwurf im Ministerrat behandelt – ein Vorgang wie in der alten Koalition. – Gar so schlecht sind also die Beziehungen zur „Nebenregierung“ nicht. Beide Seiten haben dazugelernt. Insgesamt handelt es sich um eine beachtliche Leistung, wie auch der unabhängige Fachmann Bernd Marin festgestellt hat.

Dies ist gleichzeitig ein Test für die Reife der modernen Wirtschaftsbürger. Sie müssen sich zwischen längerfristiger Absicherung oder sofortigem Konsum entscheiden. Das erschien früher nicht notwendig. Der Wohlfahrtsstaat garantierte die Altersversorgung, wenn auch nicht für alle und auch nicht immer ausreichend. Dafür konnte die Abfertigung, die ursprünglich als Überbrückung bei Arbeitsplatzverlust und Lohn für Betriebstreue gedacht waren, zum Wohnungskauf, zum Kauf eines neuen Autos oder für Reisen verwendet werden.

Mehr und mehr kamen vor allem die Kinder und Enkel mit in den Genuss dieser zusätzlichen Einkommen. Ein natürlicher, anderer Brückenschlag, der aber mit der Kündigung des „Generationenvertrags“ durch die Jungen in Frage gestellt wird. Wenn diese ihrerseits zu wenig Kinder in die Welt setzen, droht der Einsturz des ganzen Systems.

Dabei geht es nicht um Schuldfragen, sondern um breite Analysen. (Warum sind etwa US-Mittelstandsfamilien kinderfreudiger als die europäischen?). Vor allem müssen zeitgerecht Konsequenzen gezogen werden. Auch solche, wie sie in einer Expertenrunde laut *Presse* diskutiert (und gestern politisch sofort von allen Seiten verneint) wurden: Die Angleichung des Pensionsantrittsalters von Männern und Frauen.

Nichts ist daran neu, auffällig ist nur der angedachte Zeitpunkt – die Gleichstellung ist erst für 2019 vorgesehen, vielleicht muss sie früher kommen. Da geht es nicht um subjektive Gerechtigkeit oder gewohnte Ansprüche, sondern um Mathematik.

Ähnliches gilt für Bevölkerungswissenschaftler. Wenn der international anerkannte Experte Rainer Münz feststellt, dass es in Hinkunft gar nicht um etwaige Zuwandererströme aus Osteuropa geht, weil dort auch zu wenig junge Spezialisten sind, sondern um solche aus Asien und Afrika, so ist das ein Faktum. Die Politik muss darauf Antworten finden, wobei sie die Wahl zwischen verschiedenen unangenehmen Möglichkeiten hat: Entweder kulturelle Konflikte zu riskieren oder längere Lebensarbeitszeiten für alle in Kauf zu nehmen, siehe oben. Denn das Wirtschaftswachstum kann stocken wie derzeit, oder es ist schon für andere Zwecke als Sozialpolitik verplant – etwa für Infrastrukturbauten.

Was wiederum die Frage aufwirft, welche Art von Investitionen eine stark schrumpfende Gesellschaft überhaupt notwendig hat. Dies zu beantworten wäre wichtiger als ständig Emotionen aufzurühren.

► **MAIL:** alfred.payrleitner@kurier.at